

DOI: 10.5771/0342-300X-2019-3-235

Die demokratiepolitische Bringschuld

HANS-JÜRGEN URBAN

Nach wie vor ist die Suche nach den Ursachen des Rechtspopulismus durch unübersichtliche Diskurslandschaften geprägt. Hoffnungen auf eine kurze Halbwertszeit sind ebenso anzutreffen wie ein eher hilfloser Moralismus, der alle unliebsamen Kommentare mit dem Etikett des Rassismus beklebt. Wie dem auch sei. Die Gewerkschaften musste vor allem die Beobachtung aufschrecken, dass nicht nur rechtspolitische Sympathien, sondern auch entsprechende Wahlverhalten und Aktivitäten bis in die gewerkschaftliche Mitgliederbasis vorgedrungen sind – eine Entwicklung, die ihrem demokratiepolitischen Selbstverständnis fundamental widerspricht und deshalb entschiedene Reaktionen erfordert. Und diese finden statt. Die Gewerkschaften sind dabei, sich der Situation zu stellen. Die folgenden Ausführungen verstehen sich als Teil der notwendigen Aufarbeitung und versuchen, einige analytische Einschätzungen und Essentials für eine gegenläufige Demokratiepoltik zu formulieren.

Offensichtlich sind Flucht und Migration die Kernthemen der rechtspopulistischen Propaganda und Ängste und Vorbehalte in der Bevölkerung ihr ideologisches Material. Das belegen Reden rechter Repräsentanten sowie Studien zu Denkmustern und Einstellungen in der Bevölkerung.¹ Doch Frustration, Xenophobie und Demokratieverachtung haben soziale Wurzeln und gesellschaftliche Treiber. Wer sie aus normativen Gründen bekämpfen will, sollte ihre Entstehungs- und Entwicklungskontexte kennen.

Der aktuelle Forschungsstand legt nahe, dass der zentrale Verursachungskomplex des Rechtspopulismus in einer gesellschaftlichen Konstellation zu finden ist, die der Neoliberalismus erzeugt hat. Er treibt bis in die Gegenwart sozial-ökonomische Dynamiken wie die Globalisierung, Digitalisierung, Individualisierung voran, die die Gesellschaft in soziale Gewinner und Verlierer spalten. Für die Gewinner*innen sind diese Dynamiken mit einer signifikanten Konzentration von Einkommen, Vermögen

und Privilegien verbunden. Unter den Verlierer*innen verstärken sie soziale Deprivation, kollektive Abstiegsängste und eine allgemeine Verunsicherung, die nicht selten als Abwertung der eigenen Biografie empfunden und rassistisch-nationalistisch aufgeladen wird.

Die Bringschuld eines neuen Sozialreformismus

Die politische Rechte hat sich in dieser Konstellation strategisch positioniert. Verunsicherte Individuen werden als Subjekte einer nationalen, mit neuem Widerstandsgeist daherkommenden Bewegung gegen Zuwanderung und Establishment angerufen und damit emotional aufgewertet. Im Kern ist der Rechtspopulismus eine inszenierte Rebellion gegen die Folgeschäden der neoliberalen Transformation des Kapitalismus. Nicht, dass er die kapitalistischen Macht- und Verhältnisse wirklich ankratzen wollte. Aber mit einer ethnisch-nationalistisch aufgeladenen Systemkritik erreicht der rechte Populismus offenbar Menschen aus allen sozialen Schichten und hat sich längst als soziale Bewegung formiert, in der eine professionelle rechte Elite wichtige Orientierungsfunktionen wahrnimmt.²

Als Benzin im populistischen Feuer wirkt das Versagen der etablierten Politik. Die regierungsamtliche Flüchtlingspolitik, die mit einem „rechten Populismus der Mitte“ Wähler*innen zurückgewinnen wollte, sekundiert dem rechten Original eher als dass sie es bekämpfen könnte. Auch der traditionelle linke Sozialreformismus scheint unfähig, den Bedürfnissen nach sozialem Schutz und einer zeitgemäßen Kollektividentität ein progressives Angebot zu machen. Zu stark haben offenbar seine Neoliberalisierung oder die Hinwendung zu einem Kosmopolitismus der Mittel- und Oberschichten sein Sensorium für Lebenslagen, Interessen und Ängste der Neoliberalismus-Verlierer*innen geschwächt. Der Rechtspopulismus nutzt die so entstandene Repräsentationslücke. Er

radikalisiert die Enttäuschung über die Politik zu einer pauschalen Elite-Verachtung und bietet sich selbst als Sprachrohr der Wut über die Verhältnisse an.

Das alles erfordert eine demokratische Gegenbewegung. Eine entsprechende Demokratiepoltik hat jedoch eine schwierige Doppelaufgabe zu bewältigen. Sie muss die sachlich untauglichen und mit versteckten Absichten konstruierten Erzählungen des Rechtspopulismus dekonstruieren, will sagen: ihren ideologischen Charakter offenlegen. Aber zugleich (und vielleicht vor allem) muss sie eine solidarische Gegenerzählung entwerfen. Diese sollte Politikangebote unterbreiten, die glaubwürdige Antworten auf die sozialen Verwerfungen enthalten. Und sie sollten über eine politische Form kommuniziert werden, die die Menschen rational und emotional erreicht und die weit verbreitete Ablehnung der politischen Klasse durchbricht. Gefordert ist ein neuer demokratiepolitisch motivierter Sozialreformismus, der den Kampf um jene Köpfe aufnimmt, die in den Bahnen des Rechtspopulismus denken. Dieser hätte die berechtigte Wut über unzumutbare Verhältnisse anzuerkennen, um ihre Einbindung in reaktionäre Scheinlösungen umso entschiedener zu bekämpfen. Und er hätte die Partizipation an einer Bewegung zu offerieren, die solidarische Lösungen für soziale Probleme anbietet und gesellschaftliche Anerkennung für das Individuum zurückbringt. Sozialreformen und Anerkennungspolitik müssen Hand in Hand gehen.

1 Schröder, M. (2018): AfD-Unterstützer sind nicht abgehängt, sondern ausländerfeindlich: DIW/ SOEP, SOEP-Papers (975), Berlin.

2 Urban, H.-J. (2018): Rechtspopulismus, Gewerkschaften und Demokratiepoltik. Soziologische Befunde und transformatorische Optionen, in: Becker, K. / Dörre, K. / Reif-Spirek, P. (Hrsg.): Arbeiterbewegung von rechts? Umverteilung, Verteilungskämpfe, populistische Revolte, Frankfurt a. M. / New York, S. 183–196.

Antipopulistische Betriebspolitik

In Deutschland hat die „Agenda-Politik“ unter Führung von Bundeskanzler Gerhard Schröder zu jener gesellschaftlichen Konstellation beigetragen, in der sich der Rechtspopulismus entwickelt. Die deutschen Gewerkschaften hatten sich uneinheitlich gegenüber der Sozialstaatsdemontage der Neuen Sozialdemokratie positioniert. Sie changierten zwischen dulden-der Akzeptanz und politischem Widerstand. Darunter litt ihr Ansehen als unabhängige Interessenvertretung der abhängigen Arbeit gegenüber der Politik, mitunter auch in der eigenen Mitgliedschaft. Heute sollten sich die Gewerkschaften unmissverständlich als Teil einer neuen Demokratiebewegung definieren, die ein offensives politisches Mandat wahrnimmt. Und wie alle Akteure mit gesellschaftspolitischem Anspruch sollten auch die Gewerkschaften den geforderten Sozialreformismus als eine demokratische Bringschuld annehmen. Dies ist geboten, weil eine breite Bewegung ohne sie nicht zustande kommen dürfte; aber auch, weil in ihrem ureigenen Terrain, in der Arbeitswelt, die Suche nach Verursachungsfaktoren für rechtspopulistische Orientierungen keineswegs erfolglos blieb.

Offensichtlich tragen auch die Erschütterungen der permanenten Restrukturierung der kapitalistischen Arbeit zu Zukunftsängsten, Aggressionen und zur Ablehnung der parteipolitischen Entscheider*innen bei, von denen viele Beschäftigte aus Rand- und Stammebelegschaften keine Antworten auf ihre Probleme mehr erwarten.³ Mehr noch: Da Statusbedrohungen und Verteilungsverhältnisse als unfair, zugleich aber als übermächtig und kaum veränderbar wahrgenommen werden, wächst die Neigung, Auseinandersetzungen um Arbeit, Einkommen und Status nicht mehr als Kapital-Arbeit-Konflikte, sondern als Kampf zwischen Insidern und Outsidern, zwischen Deutschen und Nichtdeutschen, zu deuten. Für rechtspopulistische Propaganda im Betrieb bietet dies Einfallstore. Schon heute schließen sich mitunter gewerkschaftliches und rechtspopulistisches Engagement nicht aus und koexistieren solidarische und xenophobe Einstellungen im Alltagsbewusstsein.⁴ Den Gewerkschaften wird eine hohe Wertschätzung in Arbeitsfragen zugestanden und zugleich eine strikte (partei-)politische Abstinenz abgefordert.

Eine erste Bewährungsprobe haben Betriebsräte und gewerkschaftliche Vertrauensleute in der Metall- und Elektroindustrie bei

den Betriebsratswahlen im Frühjahr 2018 bestanden. Vor allem in Großbetrieben der Automobilindustrie waren professionell inszenierte Versuche rechtspopulistischer Aktivist*innen zu verzeichnen, verstärkt Fuß zu fassen. Insgesamt konnte das rechte „Zentrum Automobil“ verbunden mit dem Netzwerk „Alternative Gewerkschaften“ und unterstützt durch das Online-Magazin „Compact“ in neun Betrieben (etwa bei BMW, Daimler und Porsche) 19 Mandate von 353 gewinnen. Dies entspricht einem Anteil von etwa fünf Prozent. Gänzlich erfolglos bleiben sie also nicht. Dennoch: Während die AfD bei Kommunal-, Landtags- und Bundestagswahlen in den betreffenden Regionen zweistellige Ergebnisse erzielt, blieben die Erfolge die den Betriebsratswahlen überschaubar. Angesichts der medialen Resonanz durch eine Spektakel-Berichterstattung, die sich zur Wahlkampfhilfe für rechts auswuchs, und angesichts der von rechts investierten Ressourcen können die Ergebnisse als ein vorläufiger demokratiepolitischer Erfolg gewertet werden.

Doch als Anlass für eine Entwarnung taugen die Ergebnisse nicht. Soziale Verwerfungen und xenophobe Deutungsmuster sind in den Betrieben weiter präsent und jederzeit durch rechte Agitation aktivierbar. Aber offenbar gelang es in den betrieblichen Arenen, der rechtspopulistischen Agitation erfolgreicher als bei allgemeinen Wahlen entgegenzutreten. Es wäre ein verdienstvolles Forschungsprojekt, den Gründen dafür nachzuspüren. Erste Auswertungen weisen darauf hin, dass das betriebliche Ansehen der IG-Metall-Betriebsrät*innen sowie eine offensive Gegenauflärung etwa auf Betriebsversammlungen, aber auch die selbstkritische Überprüfung der eigenen politischen Praxis wesentliche Erfolgsfaktoren waren. Offenbar sind eine diskursive Struktur gewerkschaftlicher Vertrauensleutearbeit, eine aktivierte demokratische Betriebsöffentlichkeit, aber auch eine selbstreflexive und partizipative Betriebsratspolitik Essentials einer erfolgreichen antipopulistischen Politik in den Betrieben. Das sind wichtige Hinweise, die es strategisch zu verarbeiten gilt.

Inklusive Klassenpolitik in der Transformation

Insgesamt sind die Gewerkschaften in Sachen Rechtspopulismus in unterschiedlichen Dimensionen und Arenen gefordert. Sie müssen sich als betriebliche und gesellschaftliche Akteure und als Interessenvertretung von einheimischen

und zuwandernden Arbeitskräften verstehen. Gefordert ist eine inklusive Klassenpolitik, die Beschäftigte wie Migrant*innen als Mitglieder einer Klasse abhängig arbeitender und lebender Menschen adressiert. Dabei gilt es, die Interessenlagen beider Gruppen aufzugreifen und in politischen Reformkonzepten zusammenzuführen. Dass hier infolge unterschiedlicher Lebenslagen und Herkunft zunächst divergente Präferenzen und kulturelle Identitäten aufeinander treffen, sollte als Herausforderung anerkannt und nicht als Entmutigung zugelassen werden.

Dabei stehen die eigentlichen Herausforderungen noch bevor. Die Umbrüche in der Arbeitswelt werden sich beschleunigen. Globalisierung, Digitalisierung und De-Karbonisierung werden gerade in den Zentren der industriellen Wertschöpfung vermehrt Fiktionen und Gefährdungen hervorrufen. Der Sammelbegriff der Transformation deutet die Dramatik des Wandels lediglich an. Einkommen, Arbeitsplätze und betriebliche Statuspositionen werden unter massiven Druck geraten, und Existenz- wie Statusängste werden zunehmen. Wenn aber die marktgetriebene Restrukturierung der Industriearbeit Kontrollverluste, Abwertungsempfindungen und Zukunftsängste hervorbringt, erfordert eine Betriebspolitik gegen rechts schützende Interventionen in diese Prozesse. Politiken gegen die Spaltung der Belegschaften, gegen prekäre Arbeit, aber auch gegen Leistungsverdichtung und blockierte Berufswege mutieren unter diesen Bedingungen zur Demokratiepoltik.

Dabei stehen die Gewerkschaften vor mehreren Herkulesaufgaben. Erstens dreht es sich um eine Industrie-, Struktur- und Mobilitätspolitik, die Einfluss auf Richtung und soziale Qualität der Transformation nimmt. Hier geht es um die Sicherung von Arbeit und Einkommen. Unverzichtbar ist aber zweitens die sozialstaatliche Flankierung des Wandels. In den Fokus rücken hier Aus-, Fort- und Weiterbildungsangebote für die, die Beschäftigung in den neuen Feldern der Wertschöpfung finden, aber auch

3 Sauer, D. / Stöger, U. / Bischoff, J. / Detje, R. / Müller, B. (2018): Rechtspopulismus und Gewerkschaften. Eine arbeitsweltliche Spurensuche, Hamburg.

4 Dörre, K. / Bose, S. / Lütten, J. / Köster, J. (2018): Arbeiterbewegung von rechts? Motive und Grenzen einer imaginären Revolte, in: Berliner Journal für Soziologie 28 (1–2), S. 55–89.

die soziale Absicherung derer, die aussortiert werden sollen. Zugleich steht jedoch ein Kampf um Hegemonie und die gesellschaftliche Deutung der Umbrüche an. Der Rechtspopulismus wird sich als Stimme radikaler Kritik und strukturalistischer Bewahrung anbieten. Er wird mit ethnisch überformten Gegnerdefinitionen und nationalistisch verstümmelten Solidaritätsbegriffen agieren. Eine aufklärende und solidarische Interessenpolitik wird dem entgegenzutreten müssen.

Integrationspfade in die Gesellschaft

Zielt Interessenpolitik für die Belegschaften auf den Verbleib in guter Arbeit, so ist mit Blick auf die Migrant*innen die Integration in Arbeit zentral. Integrationspfade in die Arbeitsgesellschaft verlaufen nicht zuletzt über die Erwerbsarbeit. Dabei geht es nicht primär um das Schließen von Fachkräftelücken zur Stärkung von Produktion und Wettbewerbsfähigkeit, sondern um Solidarität mit Bedrängten. Das Kernmotiv gewerkschaftlicher Solidarpolitik ist ein humanistisches, kein utilitaristisches oder funktionalistisches. Ziel muss geschützte Erwerbsarbeit für alle sein. Schon heute zeichnet sich ab, dass viele der Flüchtlinge, die Sprach- und Kulturhürden überwinden konnten, in die Leiharbeit abgeschoben werden.⁵ Neue Schübe an Dumpingkonkurrenz sind absehbar, wenn Nachschub für die prekäre Niedriglohnarbeit nicht verhindert wird.

Erfolgreiche Arbeitsintegration stiftet einen multidimensionalen Nutzen. Sie ermöglicht den Zugewanderten eine eigenständige Subsistenzsicherung und den Übergang vom sozialen Leistungsempfänger zum ökonomischen Wertschöpfungsproduzenten und Beitrags- und Steuerzahler. Und sie fördert persönliche Begegnungen zwischen Träger*innen unterschiedlicher Kulturen und konterkariert durch authentische Erfahrungen ideologische Verzerrungen der rechtspopulistischen Propaganda. Aber gewerkschaftliche Interessenpolitik darf auch die Rechte und Bedürfnisse derer nicht vergessen, für die, aus welchen Gründen auch immer, die Arbeitsmarktintegration keine zeitnahe Option ist. Das gilt für einheimische, aber auch für zugewanderte Personen. Hier sind die Arenen der Betriebspolitik zu eng. Soziale Um-

verteilungspolitik und institutionelle Reformen sind gefordert – etwa der Umbau der sozialen Sicherungssysteme und ihre Öffnung für Personen, die sich nicht als inländische Beitrags- oder Steuerzahler*innen an der Sozialstaatsfinanzierung beteiligen konnten. Dies liefe auf eine Relativierung der Erwerbs- und Äquivalenzzentrierung sozialstaatlicher Anwartschaften und eine Aufwertung bedarfsorientierter Mindestsicherung hinaus. Nicht minder wichtig sind Brücken in die gesellschaftlichen Felder, die für die Sozialintegration der Geflüchteten unverzichtbar sind. Hier sind ausgeweitete Investitionen in die soziale Bildungsinfrastruktur unverzichtbar. Auch hier setzen die materielle Anerkennung der Geflüchteten und die Entschärfung von Verteilungskonflikten unter Leistungsbezieher*innen – gleich welcher ethnischer Herkunft – Umverteilungserfolge durch eine entsprechende Steuer- und Abgabepolitik voraus.

Die Gewerkschaften können sich in ihrer Politik auf eine lange Tradition der Alltagsolidarität in der Arbeit stützen. Die Erfahrung wechselseitiger Abhängigkeit und die alltägliche Kommunikation im Arbeitsprozess sowie gemeinsame Kampferfahrungen beförderten ein belastbares Zusammengehörigkeitsgefühl zwischen „Gastarbeiter*innen“ und einheimischen Beschäftigten. Erfolgserlebnisse bei Konflikten um Beschäftigung, Einkommen und Arbeitsbedingungen erwiesen sich als effektives Integrationsmedium und generierten eine Basis für die Anerkennung kultureller Differenzen unter den Lohnabhängigen. Das sollte sich mit Blick auf die neuen Migrant*innen wiederholen.

Linker Internationalismus und politisches Mandat

Diese wechselseitige Anerkennung war für die Gewerkschaften in den letzten Jahrzehnten insgesamt eine wichtige Machtressource. Neuankömmlinge auf dem Arbeitsmarkt und in den Betrieben können Dumpingkonkurrenz unter den Beschäftigten anheizen. Sie können aber auch gewerkschaftliche Organisations- und Mobilisierungsmacht stärken und die Erfolgsaussichten gewerkschaftlicher Kämpfe verbessern. Voraussetzung für letzteres ist, dass die Integration in die betrieblichen und gewerkschaftlichen Strukturen gelingt. Der gesellschaftlichen und betrieblichen Integration muss die organisationspolitische folgen.

Die Gewerkschaften sind vor allem in der Betriebs-, Arbeitsmarkt- und Organisationspolitik gefordert. Und dennoch sollten sie ihre

internationalistische Tradition nicht abreißen lassen. Sie gehört zur gewerkschaftlichen Identität und gewinnt in einer Periode globaler Migration neue Relevanz. Zweifellos werden die Konflikte um eine solidarische Integrationspolitik und gegen rechtspopulistische Demokratie-Verachtung auf absehbare Zeit vor allem in den nationalstaatlichen Arenen zu führen sein. Aber eine normativ anspruchsvolle Antwort auf die globalen Migrationsbewegungen muss diese überschreiten. Unbestreitbar sind die gewerkschaftlichen Einflussmöglichkeiten auf die Migrationsursachen oder die menschenverachtende Schlepperökonomie gering. Aber zumindest die politische Unterstützung von Organisationen (wie medico international) und Initiativen (wie Seawatch) der globalen Solidarität ist zwingend. Um diese zu stärken. Und um der Gefahr einer nationalstaatlichen Verengung des eigenen Solidaritätsbegriffs entgegenzuwirken und seine universalistische Logik neu zu profilieren.

Den universalistischen Charakter der gewerkschaftlichen Solidarität zu stärken heißt, die Beschränkung des Vertretungsanspruchs auf „Deutsche“ oder auf die Arbeitswelt zurückzuweisen. IG Metall für den Betrieb, Pegida für die Gesellschaft und AfD für die Politik – so lautet das vergiftete Kooperationsangebot des Rechtspopulismus an Beschäftigte und Funktionsträger*innen. Mitunter fällt es auf fruchtbaren Boden. Schon deshalb muss es attackiert und darf nicht akzeptiert werden. Das demokratiepolitische Mandat der Gewerkschaften muss mit Blick auf Menschen, Politikfelder und Regionen umfassend sein – oder es wird scheitern. ■

AUTOR

HANS-JÜRGEN URBAN, Dr. phil. habil., geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall, Privatdozent für Soziologie an der Friedrich-Schiller-Universität Jena und Fellow am dortigen DFG-Kolleg „Postwachstumsgesellschaften“.

✉ Hans-Juergen.Urban@igmetall.de

5 „Zeitarbeitsbranche nimmt Tausende Flüchtlinge auf“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 7. 8. 2018, S. 15.